

Die Weiseritz-Zeitung erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend und wird an den vorhergehenden Abenden ausgegeben. Preis vierteljährlich 1 M. 25 Pfg., zweimonatlich 34 Pfg., einmonatlich 42 Pfg. Einzelne Nummern 10 Pfg. — Alle Postanstalten, Postboten, sowie unsere Austräger nehmen Bestellungen an.

Weiseritz-Zeitung.

Anzeiger für Dippoldiswalde und Umgegend.

Inserate werden mit 12 Pfg., solche aus unserer Amtshauptmannschaft mit 10 Pfg., die Spaltzeile oder deren Raum berechnet. Bekanntmachungen auf der ersten Seite (nur von Behörden) die zwelgespaltene Zeile 35 bez. 30 Pfg. — Tabellarische und komplizierte Inserate mit entsprechendem Aufschlag. — Eingekauft, im redaktionellen Teile, die Spaltzeile 30 Pfg.

Amtsblatt für die königliche Amtshauptmannschaft, das königliche Amtsgericht und den Stadtrat zu Dippoldiswalde.

Mit achtseitigem „Illustrierten Unterhaltungsblatt“. Mit land- und hauswirtschaftlicher Monats-Beilage.

Für die Aufnahme eines Inserats an bestimmter Stelle und an bestimmten Tagen wird keine Garantie übernommen.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Jehne. — Druck und Verlag von Carl Jehne in Dippoldiswalde.

Nr. 130.

Dienstag, den 8. November 1910.

76. Jahrgang.

Wegen Ausbruchs der Maul- und Klauenseuche in Fürstenaun ist von den k. k. Bezirkshauptmannschaften Aussig, Teplitz und Dux die Einfuhr lebender und toter Wiederkäuer und Schweine, von Milch in ungekochtem Zustande, von tierischen Rohstoffen in frischem Zustande, welche von Klauentieren stammen, sowie von Dünger aus dem Bereiche der Amtshauptmannschaft Dippoldiswalde in die Bezirke Aussig, Teplitz und Dux untersagt, auch der Verkehr mit Rindergespännern längs der Grenze der Amtshauptmannschaft Dippoldiswalde verboten worden.

Dippoldiswalde, den 6. November 1910.

Königliche Amtshauptmannschaft.

Einladung.

Die diesjährige Diözesanversammlung der Ephorie Dippoldiswalde soll, so Gott will,

Donnerstag, den 10. November 1910, von vormittags 10¹/₄ Uhr an, im Saale des Gasthofs „zum Stern“ hier abgehalten werden.

Zu ihr werden die Herren Pastoren, alle Kirchenvorstände, die Herren Kantoren, Organisten und Kirchschullehrer der Ephorie Dippoldiswalde, sowie alle Freunde und Glieder der evangelisch-lutherischen Kirche, auch die Frauen, ergebenst eingeladen.

Tagesordnung: 1. Ansprache des Ephorus.

2. Vortrag: „Unsere Bibel.“

Referent: Herr Pfarrer Nadler-Possendorf.

3. Besprechung.

4. Geschäftliches. Etwaige Anträge haben bis zum 9. November hier schriftlich einzugehen.

Die Versammlung wird mit Gesang und Gebet eröffnet und geschlossen.

Dippoldiswalde, am 7. November 1910.

Die Superintendentur.

Hempel.

Holzversteigerung Altenberger Staatsforstrevier.

Hotel „Altes Amtshaus“ in Altenberg. 15. November 1910, vorm. 1/2 10 Uhr: 58 w. Stämme, 4489 w. Klöße, 3230 w. gef. u. 45 w. Verbälgen i. g. L., 17485 w. Reisstangen. Nachm. 2 Uhr: 8 rm w. Brennscheite, 16 rm w. Brennknüppel, 12 rm w. Zaden, 462 rm w. Äste. Kahlschlag: Abt. 97. Durchforstungs- und Einzelhölzer: Abt. 2. 27. 33. 43. 45. 46. 48. 58. 60. 62. 64. 65. 68. 69. 71—74. 76. 77. 79. 103. 112.

Königl. Forstrevierverwaltung Altenberg zu Hirschsprung.

Königl. Forstrentamt Frauenstein.

Aus ruhreichen Tagen.

Erinnerungsblätter aus dem deutsch-französischen Kriege 1870/71. 8. November.

Die Festung Verdun kapitulierte, nachdem sie drei Beschießungen ausgehalten hatte, von denen die letzte 52 Stunden dauerte. In Verdun hatte kommandiert General Marmier; die Belagerungstruppen befehligte zuerst Generalleutnant v. Bothmer, später General v. Gayl. — Verdun hatte 14000 Einwohner, und es fanden sich dort 140 Geschütze sowie 23000 Gewehre und bedeutende Bestände an Kriegsmaterial vor. In Gefangenschaft gerieten durch die Kapitulation 2 Generale, 11 Stabsoffiziere, 150 Offiziere und etwa 4000 Mann. — Der Fall der Festung Verdun war insofern von herausragender Wichtigkeit, weil mit ihr der letzte Punkt zwischen der Mosellinie und Paris in deutschen Besitz überging; es wurde durch diese Kapitulation ferner möglich, auch das in Verdun wie in Metz noch vorgefundene schwere Geschütz ungesäumt nach Paris und dort zur Verwendung zu bringen.

Die Probleme der Reichsfinanzpolitik.

Für die Besserung der Finanzen des Deutschen Reiches ist durch die letzte Finanzreform schon Wesentliches erreicht worden, aber die Gesundung der finanziellen Verhältnisse in Deutschland ist noch keine vollständige, und die Regierung wie der Reichstag stehen vor neuen finanziellen Problemen. Finanzprogramme haben bei der Lösung derselben nur einen theoretischen Wert, denn solche Programme können doch nur Pläne über Steuerreformen und finanzielle Einsparnisse aufstellen, die dann aber in der Praxis oft ganz anders ausfallen als wie sie gedacht und erhofft worden sind. So wird gewöhnlich kein einziges neues Steuergesetz nach seiner ersten Vorlage angenommen, sondern meistens erst geändert, aber selbst das glücklich zustande gebrachte neue Steuergesetz muß sich auch erst in der Praxis bewähren, d. h. es muß die erhofften finanziellen Erträge bringen, was bekanntlich auch oft nicht der Fall ist, wie die Erfahrungen mit mehreren neuen Steuern schon bewiesen haben. Die finanziellen Probleme müssen daher vorwiegend aus der Praxis gelöst werden und danach ergeben sich für die Gesundung der deutschen Reichsfinanzen hauptsächlich drei Aufgaben, erstens strengste Sparsamkeit in den Ausgaben des Reichsetats eintreten zu lassen und mit festem Willen überall dort zu sparen, wo ohne Gefahr für große Schädigungen, gespart werden kann, zweitens den Anforderungen auf die Erhaltung der starken deutschen Wehrkraft zu Wasser und zu Lande muß aber doch unter allen Umständen genügt werden, denn in dieser Hinsicht wäre eine übertriebene Sparsamkeit unter Umständen der größte und der verhängnisvollste Fehler, drittens müssen aber auch für den Reichshaushalt noch neue Einnahmen geschaffen werden, damit er nicht nur in Ausgabe und Einnahme bilanziert, sondern auch an eine allmähliche Tilgung der sehr hohen Reichsschuld gedacht werden kann. Man hat ja gehofft und gewünscht, daß die Erträge der neubewilligten Zölle und Steuern sich im laufenden Jahre wesentlich erhöhen würden. Aber die Ergebnisse der Zölle und Steuern hängen bekanntlich sehr viel von den wirtschaftlichen Verhältnissen im In- und Auslande ab, und da die ersahnte Hochkonjunktur im wirtschaftlichen Leben noch nicht eingetreten ist, so wird das Anwachsen der Einnahmen aus den neuen Zöllen

und Steuern auch nicht dahin führen, die Reichsfinanzen vollständig zur Gesundung zu bringen. Man kann daher schon jetzt sagen, daß ohne Einführung neuer Steuern die Reichsfinanzreform keine vollständige sein wird. Dem Reichstage liegt ja noch die Erledigung der Vorlage über das Zuwachsteuererfolg vor, und es ist zu hoffen, daß diese neue Steuer zur weiteren Besserung der Finanzen beiträgt. Es ist jedoch nicht zu erwarten, daß diese neue Steuer genügen wird, um die Finanzen des Reiches und die günstige Position zu bringen, die jeder Patriot wünschen muß. Es ist daher durchaus notwendig, daß neue Einnahmequellen geschaffen werden, um aus den finanziellen Kalamitäten endlich herauszukommen. Es ist ja leider auch noch immer eine Anleihe notwendig, um die dringenden Ausgaben des Reichshaushaltes zu decken. Die neue Anleihe wird zwar niedriger sein als die letzte, aber daß eine neue Anleihe für das Deutsche Reich notwendig ist, das beweist doch nur gar zu deutlich, daß die Finanzreform noch lange keine befriedigenden Erfolge aufzuweisen hat.

Die Arbeiterfrage in England.

Die sozialistische Hege, welche in Deutschland so viel unbedingte Unzufriedenheit in den Kreisen der Arbeiter geschaffen hat, besteht in England lange nicht in dem Maße wie in Deutschland, denn der Engländer ist viel zu klug und praktisch, als daß er im sozialistischen Rezept ein Allheilmittel gegen alle wirtschaftliche und soziale Not erblicken würde. Aber trotzdem ist in England wegen der Eigenartigkeit der Entwicklung der industriellen und wirtschaftlichen Verhältnisse doch auch eine große Arbeiterfrage entstanden. Dieselbe äußert sich im allgemeinen dadurch, daß die Unzufriedenheit unter den englischen Arbeiterklassen immer mehr um sich greift und gelegentlich für diese Krisis im Verhältnis zwischen den Arbeitgebern und Arbeitern in England sogar zu Arbeiterunruhen und höchst gefährlichen Streiks und Aussperrungen neigt. Auch die jüngsten Arbeiterunruhen in Südwales, wo es zu blutigen Ausschreitungen gekommen ist, beweisen den Ernst der Lage in der Arbeiterfrage in England. Zum besseren Verständnis für diese soziale und wirtschaftliche Krisis im englischen Industriestaat muß nun aber erwähnt werden, daß es den Anschein hat, als wenn auch in England die Sozialdemokratie die ganze Arbeiterbewegung an sich reißen würde. Bisher haben nämlich die Führer der englischen Gewerkschaften, dort Trades Unions genannt, in fast allen Streitigkeiten zwischen den Arbeitgebern und Arbeitern eine sehr geschickte Rolle im Bezug auf die Vermittlung und Verständigung gespielt, und die Mehrzahl der englischen Arbeiter hat auch den Führern der Gewerkschaften meistens Folge geleistet, wenn diese Gewerkschaftsführer Vermittlungsvorschläge mit den Arbeitgebern vereinbarten und dann an die Arbeiter weitergegeben hatten. Die Arbeitermassen in England wenden sich aber jetzt mehr und mehr von den Führern der Gewerkschaften ab und bilden neue radikale und sozialistische Oppositionverbände. Es ist nun sehr charakteristisch für die Arbeiterfrage in England, daß der englische Minister des Auswärtigen, Sir Eduard Grey, in einer längeren Rede ausgeführt hat, daß in den tatsächlichen Verhältnissen der englischen Industrie und der Arbeitsbedingungen keine Gründe für die wachsende Unzufriedenheit zu finden seien,

denn die Löhne und die wirtschaftliche Lage der englischen Arbeiter sei nicht schlechter geworden. Der Minister Grey ist aber den Ursachen der Unzufriedenheit mehr auf den Grund gegangen und er erblickt in der verbesserten Lebenshaltung der Arbeiterklassen und in ihren Ansprüchen auf größere wirtschaftliche Gleichheit, sowie auch in der Erweiterung der bürgerlichen Rechte der Arbeiter die wahren Gründe für die wachsende Unzufriedenheit in den englischen Arbeiterkreisen. Der Minister Grey charakterisiert damit eine Erscheinung, die man in vielen Ländern mit hochentwickelter Industrie, also vor allen Dingen auch in Deutschland beobachten kann. Es ist nicht die Arbeitslosigkeit oder der Lohn, welche die Arbeiterunzufriedenheit erzeugen, sondern die wachsenden und meistens unerfüllbaren Ansprüche der Arbeiter auf höhere Löhne erzeugen die soziale Krisis. Man erkennt daraus, daß auch in der großen Arbeiterfrage in England die sozialdemagogische Hege eine immer größere Rolle spielt und noch einmal zu sehr großen sozialen Unruhen führen kann, denn die sozialdemagogisch verhetzten Arbeitermassen folgen keiner vernünftigen Führung mehr. Dies wird bewiesen, daß sie sich von der besonnenen Leitung der Gewerkschaften abgewendet haben. Der Minister Grey wünscht daher dringend, im Interesse des Wohles der englischen Arbeiter und auch im Interesse der allgemeinen Wohlfahrt, daß die Arbeiter in England die bisher bestehenden Gewerkschaftsorganisationen, die nicht die sozialistische Tendenz verfolgten, nicht schwächen, sondern vielmehr stärken sollten, damit die Arbeiter berufen und zuverlässige Führer in ihren Streitigkeiten mit den Arbeitgebern hätten. Da nun aber bekanntlich die sozialistischen Hege meistens eine viel größere Wirkung auf unzufriedene Arbeitermassen ausüben als vernünftige Erwägungen, so muß sehr bezweifelt werden, daß die Ausführungen des Ministers Grey dazu führen werden, um die englischen Arbeiter von den sozialistischen Ideen abzuhalten und sie wieder mehr den sachlich arbeitenden Gewerkschaften zuzuführen. Vor allen Dingen muß konstatiert werden, daß die Rede des Ministers Grey auf die jetzt bestehende Krisis in den englischen Arbeiterkreisen auch gar keinen Einfluß ausgeübt hat, denn die Unruhen unter den Bergleuten der Kohlenwerke in Südwales gewinnen nach den neuesten Mitteilungen immer mehr an Ausdehnung und es kann dazu kommen, daß 200 000 Bergarbeiter in den Streik eintreten.

lokales und Sächsisches.

Dippoldiswalde. In der Hausflur eines hiesigen Gasthauses ist in der Nacht vom 5. zum 6. November der Handarbeiter A. Beer von dem Schlosser Eder aus Schöneberg, welcher seit kurzer Zeit hier in der Kalliope gearbeitet hat, nach einer in der Gaststube vorgekommenen Szene, mit einem Messer gestochen worden. Die Verletzungen waren so schwer, daß sofort ärztliche Hilfe geholt werden mußte. Der Täter ist noch in derselben Nacht verhaftet und am nächsten Tage dem königl. Amtsgericht zugeführt worden.

— Die gewerbliche Sonntagschule erhielt auch für das laufende Jahr eine Staatsunterstützung von 200 M.

— Im Zeichen des Gänsebratens steht jetzt ein guter Teil des zivilisierten Europa. Der fette Martinsvogel hängt nackt und bloß und erloschenen Auges am